

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Die Änderungen im Überblick	1
Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – LSD-BG	11
1. Hauptstück	
Allgemeine Bestimmungen	
§ 1 Geltungsbereich	11
§ 2 Wahrer wirtschaftlicher Gehalt – Beurteilungsmaßstab	18
2. Hauptstück	
Arbeitsrechtliche Ansprüche und Maßnahmen zu ihrem Schutz	
1. Abschnitt	
Arbeitsrechtliche Ansprüche	
§ 3 Anspruch auf Mindestentgelt	18
§ 4 Urlaubsanspruch	21
§ 5 Anspruch auf Einhaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsruhe	22
§ 6 Regelungen für die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	22
§ 7 Kollektivverträge	23
2. Abschnitt	
Haftungsbestimmungen	
§ 8 Haftung für Entgeltansprüche gegen Arbeitgeber mit Sitz in einem Drittstaat	23
§ 9 Haftungsbestimmungen für den Baubereich	23
§ 10 Haftung des Generalunternehmers für Entgeltansprüche gegen Auftragnehmer mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft	28
3. Abschnitt	
Behörden	
§ 11 Behörden und Stellen	30
§ 12 Erhebungen der Abgabenbehörden	31
§ 13 Kompetenzzentrum LSDB	32
§ 14 Feststellung von Übertretungen durch den Träger der Krankenversicherung	35
§ 15 Feststellung von Übertretungen durch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse	37
§ 16 Zusammenarbeit der Behörden im Inland im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung	37
§ 17 Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten und EWR-Staaten und gegenseitige Amtshilfe	38
§ 18 Informationsverpflichtung von Arbeitgebern mit Sitz im Inland	40
4. Abschnitt	
Formale Verpflichtungen bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz	
§ 19 Meldepflicht bei Entsendung oder Überlassung aus einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft	41
§ 20 Information der Behörden	45

§ 21 Bereithaltung von Meldeunterlagen, Sozialversicherungsunterlagen und behördlicher Genehmigung	45
§ 22 Bereithaltung von Lohnunterlagen, Sozialversicherungsunterlagen und behördlicher Genehmigung	49
§ 23 Ansprechperson	51
§ 24 Verantwortliche Beauftragte	52
5. Abschnitt	
Strafbestimmungen, Untersagung der Dienstleistung und Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren	
§ 25 Ort der Verwaltungsübertretung	53
§ 26 Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten bei Entsendung oder Überlassung	53
§ 27 Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Lohnkontrolle	54
§ 28 Nichtbereithalten der Lohnunterlagen	55
§ 29 Unterentlohnung	56
§ 30 Unterlassung einer Änderungsmeldung zur Person des verantwortlichen Beauftragten	61
§ 31 Untersagung der Dienstleistung	61
§ 32 Parteistellung in Verwaltungs(straf)verfahren	63
§ 33 Vorläufige Sicherheit	64
§ 34 Zahlungsstopp – Sicherheitsleistung	65
§ 35 Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren nach den §§ 26, 27, 28, 29 Abs 1, 31 und 34	70
3. Hauptstück	
Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz arbeitsrechtlicher Ansprüche bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz	
1. Abschnitt	
Allgemeine Bestimmungen	
§ 36 Anwendungsbereich	72
§ 37 Bestimmung der Begriffe „inländische Behörde“ und „inländische Behörden“	75
§ 38 Aufwand der Strafverfolgung bei grenzüberschreitender Rechtsdurchsetzung	75
§ 39 Verwendung des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI)	76
§ 40 Ämter der Landesregierung als zentrale Behörden	77
2. Abschnitt	
Zustellung an ausländische Arbeitgeber im Inland	
§ 41 Zustellung an ausländische Arbeitgeber im Inland	79
3. Abschnitt	
Erwirkung der Zustellung und Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat	
1. Unterabschnitt	
Allgemeine Bestimmungen	
§ 42 Anwendungsbereich	81
§ 43 Übermittlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung	82
§ 44 Mitteilung der weiteren Behandlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung	82

2. Unterabschnitt

Erwirkung der Zustellung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 45 Grundsätze 83
 § 46 Ersuchen um Zustellung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat 84

3. Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 47 Grundsätze 85
 § 48 Ersuchen um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat 86
 § 49 Benachrichtigung der um Vollstreckung ersuchten Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats 87
 § 50 Folgen des Ersuchens um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat für die Vollstreckung im Inland 88

4. Abschnitt

Zustellung und Vollstreckung der Entscheidung einer Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 51 Anwendungsbereich 89
 § 52 Anerkennung und Gleichbehandlung der Entscheidung eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats 90
 § 53 Weiterleitung bei Unzuständigkeit 90
 § 54 Ablehnung der Vollstreckung 91
 § 55 Benachrichtigung der ersuchenden Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats 92

2. Unterabschnitt

Zustellung gerichtlicher und verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 56 Veranlassung der Zustellung 93
 § 57 Anzuwendendes Verfahrensrecht 94
 § 58 Ablehnung der Zustellung 94

3. Unterabschnitt

Vollstreckung verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 59 Veranlassung der Vollstreckung 95
 § 60 Anzuwendendes Verfahrensrecht 96
 § 61 Aufschub der Vollstreckung 96
 § 62 Beendigung der Vollstreckung 97
 § 63 Erlös aus der Vollstreckung 97
 § 64 Kosten 97

4. Unterabschnitt

Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 65 Veranlassung der Vollstreckung 98
 § 66 Anzuwendendes Verfahrensrecht 99
 § 67 Aufschub der Vollstreckung 99

4. Hauptstück

Schlussbestimmungen

§ 68 Verweisungen	99
§ 69 Kontrollplan – Tätigkeitsbericht	100
§ 70 Sprachliche Gleichbehandlung	100
§ 71 Vollziehungsbestimmungen	100
§ 72 Inkrafttreten	101
Vergleichstabelle alte/neue Rechtslage	103
Stichwortverzeichnis	115